

Pressemitteilung 14/2015

München, 28.09.2015

BUNDESKANZLERIN MERKEL WILL KOMMUNEN BEI DER FLÜCHTLINGSKRISE ENTLASTEN

**Gemeindetagspräsident Brandl nach dem Gespräch mit der Kanzlerin:
Frau Merkel nimmt kommunale Sorgen ernst.**

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl äußerte sich zufrieden über das Gespräch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel heute im Bundeskanzleramt. Er sagte: „Die Kanzlerin hat in einer intensiven und konzentrierten Gesprächsatmosphäre die akuten Probleme der Gemeinden und Städte aufgenommen und eine Lösung zugesagt. Sie hat gut zugehört und uns versichert,

- dass sich die Bundesregierung mit den Ländern um eine zügige Rückführung nicht anerkannter Asylbewerber bemühen werde,
- alle Möglichkeiten einer Abschwächung der ungebremsten Zuwanderung, wie sie derzeit stattfindet, ausschöpfen wird und
- den Gemeinden und Städten finanziell unter die Arme greifen wird, sobald entsprechender Bedarf seitens der Kommunen an die Bundesregierung gemeldet wird.“

Brandl wies darüber hinaus darauf hin, dass nach ersten Erkenntnissen aus den Gemeinden und Städten der ländlichen Gegenden eine Urbanisierungswelle zu befürchten ist. Viele Flüchtlinge werden ihr Heil in den Großstädten und Ballungsräumen suchen; der ländliche Raum, der ausreichend Wohnraum und Unterbringungsmöglichkeiten sowie vielfältige Chancen bereithält, scheint für Flüchtlinge nicht attraktiv genug zu sein. Brandl: „Wir werden mit der Kanzlerin auch künftig in einem intensiven Dialog bleiben, um ihr die akuten Probleme vor Ort aus erster Hand zu schildern.“